

Freiheitsentziehung und Unterbringung

Materielles Recht und Verfahrensrecht

von

Dr. Wolfgang Lesting, Dr. Erwin Saage, Prof. Dr. Horst Göppinger, Dr. Rolf Marschner, Bernd Volckart

5., völlig neu bearbeitete Auflage

[Freiheitsentziehung und Unterbringung – Lesting / Saage / Göppinger / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Freiwillige Gerichtsbarkeit](#)



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 60554 3

beck-shop.de

Marschner/Volckart/Lesting
Freiheitsentziehung und Unterbringung

beck-shop.de

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 32

Freiheitsentziehung und Unterbringung

Materielles Recht und Verfahrensrecht

bearbeitet von

Dr. Rolf Marschner

Rechtsanwalt in München

Dr. Wolfgang Lesting

Richter am OLG Oldenburg

5., völlig neu bearbeitete Auflage

des von Dr. Erwin Saage begründeten,
in 2. Aufl. von Prof. Dr. Horst Göppinger und in 3. und 4. Auflage
von Rolf Marschner und Bernd Volckart fortgeführten Werkes

Verlag C. H. Beck München 2010

beck-shop.de

Bearbeiterverzeichnis

Marschner: Kapitel A
Kapitel B 1–5
Kapitel C
Kapitel E

Lesting: Kapitel B 6–8
Kapitel D
Kapitel F

Verlag C. H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 978 3 406 60554 3

© 2010 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Druck: Druckhaus „Thomas Müntzer“ GmbH,
Neustädter Str. 1–4, 99947 Bad Langensalza

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 5. Auflage

Nach 9 Jahren wird der vorliegende Kommentar auf den aktuellen Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie der rechts- und sozialpolitischen Diskussion gebracht. Der Kommentar behandelt die außerstrafrechtliche Freiheitsentziehung mit Ausnahme der sog. Zivilhaft. Es handelt sich um die Unterbringung minderjähriger und volljähriger Personen nach dem BGB und den Unterbringungsgesetzen der Bundesländer, die Absonderung nach dem Infektionsschutzgesetz, die Abschiebungs-, Zurückschiebungs- und Zurückweisungshaft nach dem Aufenthaltsgesetz sowie den Polizeigewahrsam nach bundes- und landesrechtlichen Vorschriften. Da es sich in allen Fällen um präventive Freiheitsentziehung handelt, ist den Grundrechten der Betroffenen in besonderem Maß Rechnung zu tragen. Am stärksten von präventiver Freiheitsentziehung betroffen sind psychisch kranke Menschen. Das Bewusstsein für die Problematik der Anwendung von Gewalt und Zwang in der Psychiatrie hat zwar in der Fachöffentlichkeit zugenommen. Dies spiegelt sich aber nicht in den Unterbringungszahlen wieder, die in den letzten Jahren weiter gestiegen sind.

Die Gliederung der Voraufgabe wurde beibehalten. Neue Gesetze machten teilweise eine Neukommentierung erforderlich. Das Unterbringungsverfahren findet sich nunmehr in §§ 312 ff. FamFG (Kapitel D). An die Stelle der Kommentierung des FEVG tritt die Kommentierung der §§ 415 ff. FamFG (Kapitel F). Das Aufenthaltsgesetz hat das Ausländergesetz abgelöst. Gesetzliche Neuregelungen finden sich auch im Bereich der Unterbringung Minderjähriger nach § 1631 b BGB, im Bereich des Betreuungsrechts durch die Einführung der Regelungen über die Patientenverfügung sowie in einzelnen Unterbringungsgesetzen der Bundesländer, die im Übrigen redaktionell an die Regelungen des FamFG angepasst werden müssen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Die Unterbringungsgesetze der Bundesländer sind wiederum im Anhang abgedruckt. Die bis zum 1. 4. 2010 veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur sind berücksichtigt.

Bernd Volckart ist am 2. 9. 2006 verstorben. An seine Stelle ist Wolfgang Lesting, Richter am OLG Oldenburg, getreten. Die Bearbeitungsbereiche wurden zwischen den Autoren teilweise neu zugeschnitten. Wir fühlen uns dem Wirken von Bernd Volckart verpflichtet und führen die grundrechtsorientierte Kommentierung auch in seinem Sinne fort.

München und Oldenburg im Juli 2010

Die Verfasser

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis (Verweisungen auf Randnummern)	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX
A. Einführung	1
B. Die Landesgesetze zur Unterbringung psychisch kranker und abhängiger Menschen	69
C. Zivilrechtliche Unterbringung – Kommentierung einschlägiger Vorschriften des BGB	177
D. Das Unterbringungsverfahren	241
E. Materielles Freiheitsentziehungsrecht	367
F. Verfahren in Freiheitsentziehungssachen	413
Anhang: Gesetzestexte	479
Sachregister	689

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	(S. 1ff.) Rn.
1. Verfassungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen	1
a) Grundgesetz und Menschenrechtskonvention	1
b) Gesetzliche Grundlagen der Freiheitsentziehung	3
aa) Entwicklung der zivilrechtlichen Unterbringung	5
bb) Die Entwicklung des öffentlichen Unterbringungsrechts	8
cc) Die Entwicklung des Freiheitsentziehungsrechts	13
dd) Künftige Rechtsentwicklung	14
ee) Ausländische Regelungen	18
c) Rechtsprechung des EGMR und des BVerfG	19
2. System des Unterbringungs- und Freiheitsentziehungsrechts	31
a) Horizontale Gliederung	32
b) Vertikale Gliederung	39
c) Der rechtssystematische Ort der Unterbringungen nach § 312 FamFG ..	43
d) System des Freiheitsentzugs in Freiheitsentziehungssachen	47
3. Statistische und sozialwissenschaftliche Grundlagen	51
a) Vorbemerkung	51
b) Statistiken des Bundes und der Länder	53
c) Diskussion der Statistiken von Bund und Ländern	61
d) Untersuchungen zur Unterbringung bzw. Zwangseinweisung aus juristischer, medizinischer und sozialwissenschaftlicher Sicht	66
aa) Zahl der Zwangseinweisungen bzw. Freiheitsentziehungen	67
bb) Das Verhältnis von vorläufiger und endgültiger Unterbringung	76
cc) Dauer der Unterbringung	78
dd) Krankheitsbilder	81
ee) Gründe für Zwangseinweisungen	85
ff) Die Gefährlichkeit psychisch Kranker	87
gg) Rechtsmittel	91
hh) Folgerungen für die Auslegung des Unterbringungsrechts	92
4. Krankheitsbegriff	98
a) Vorbemerkung	98
b) Gesetzsterminologie	99
c) Juristischer und medizinischer Krankheitsbegriff	102
d) Aspekte des Krankheitsbegriffs	104
e) Konkretisierung des Krankheitsbegriffs	106
f) Auslegungsgrundsätze	113
5. Die Gefährlichkeit und ihre Voraussage: Prognosemethoden im Unter- bringungsrecht	116
a) Der prognostische Syllogismus	116
b) Prämissen und Wahrscheinlichkeitsaussage	121
c) Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeitsaussage	126
6. Verhältnis und Konkurrenz der Freiheitsentziehungsformen	131
a) Konkurrenz in Vollstreckung und Vollzug	132
b) Konkurrenz bei der Anordnung der Unterbringung – Bundesrecht	135

Inhaltsverzeichnis

Teil A/B

	Rn.
c) Scheinbare Konkurrenz mit den Maßregeln	142
d) Landesrechtliche Regelungen über die Anordnungskonkurrenz	146
7. Haftung bei rechtswidriger Unterbringung	152

B. Die Ländergesetze zur Unterbringung psychisch kranker und abhängiger Menschen (S. 65ff.)

1. Grundlagen des öffentlichen Unterbringungsrechts	1
a) Geschichtliche Hintergründe der öffentlich-rechtlichen Unterbringung	2
b) Systematik des öffentlichen Unterbringungsrechts	5
c) Rechtspolitischer Rahmen des öffentlichen Unterbringungsrechts	11
d) Die öffentlich-rechtliche Unterbringung als Teil des Gesundheitsrechts	16
e) Die Gefahrenabwehr in der Struktur des Gesundheitsrechts	24
f) Gesetzgebungskompetenz	26
2. Auslegungs- und Gestaltungsgrundsätze im öffentlichen Unterbringungsrecht	29
a) Gleichbehandlung von psychisch kranken Menschen	30
b) Zweck und Ziel der Unterbringung	33
c) Unterbringung als Sonderopfer	38
d) Selbstbestimmungsrecht und Schutz der Grundrechte	40
e) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	42
3. Hilfen und Maßnahmen	44
a) Rechtspolitische Einschätzung	47
b) Aufgaben und Bedingungen der vor- und nachgehenden Hilfen	54
c) Rechtslage – Allgemeine Grundsätze	60
d) Rechtslage – Befugnisse und Pflichten bei Hilfen und Maßnahmen	64
e) Die Ländergesetze	69
4. Außergerichtliches Verfahren (Verwaltungsverfahren)	85
a) Sachliche Zuständigkeit der Behörde	88
b) Örtliche Zuständigkeit der Behörde	90
c) Anforderungen an den Antrag auf Anordnung der Unterbringung	91
d) Verfahren zur Vermeidung der Unterbringung	92
e) Vorgeschiedene Ermittlungen und eventueller Zwang	93
f) Verwaltungsunterbringung	94
g) Bekanntgabe der Beendigung des Verwaltungsverfahrens	99
h) Mitteilungspflicht	100
i) Gerichtliche Kontrolle belastender Maßnahmen	101
5. Anordnung der Unterbringung	104
a) Überblick	104
b) Freiheitsentziehung und freiwillige Unterbringung	105
c) Krankheit, Sucht, Behinderung	108
d) Gefahr	113
aa) Überblick über die gesetzlichen Regelungen	113
bb) Der polizeirechtliche Gefahrbegriff	119
cc) Der strafrechtliche Gefahrbegriff	123
dd) Der Gefahrbegriff im Unterbringungsrecht	124
e) Kausalität	142
f) Erforderlichkeit	144

	Rn.
6. Vollstreckung	145
a) Das Vollstreckungsverfahren der Gesundheitsbehörde	145
b) Vollstreckungskonkurrenz mit Freiheitsentzug auf Grund Bundesrechts	152
c) Vollstreckungsplan und Beilehung	157
7. Vollzug der Unterbringung	159
a) Grundlagen des Vollzugsrechts	159
aa) Erkenntnisquellen	159
bb) Differenzierung der Maßnahmen	163
cc) Trennung der Eingriffsrichtungen	164
dd) Zweck und Ziel	166
ee) Kompensation des Sonderopfers	168
ff) In dubio pro libertate	169
b) Aufnahmevollzug	171
aa) Organisation der Aufnahme	173
bb) Eingangsuntersuchung	179
c) Behandlungs- und Vollzugsplan	181
d) Behandlung	183
aa) Anlasskrankheit und sonstige (interkurrente) Erkrankungen	183
bb) Enger und weiter Begriff der Behandlung	184
cc) Behandlungsmethoden	186
dd) Behandlungsanspruch	195
ee) Das Behandlungsmodell im Unterbringungsvollzug	198
ff) Freiwillige Behandlung	202
gg) Zwangsbehandlung	208
hh) Einwilligung durch den gesetzlichen Vertreter	212
ii) Notfallbehandlungen	219
e) Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens und Entfaltungs- spielraums	221
aa) Allgemeines	221
bb) Wohnen	223
cc) Besitz von Sachen	224
dd) Kleidung	225
ee) Einkauf und Paketempfang	226
ff) Außenkontakte	227
gg) Arbeit	228
hh) Religionsausübung	229
ii) Vollzugslockerungen und Urlaub	230
jj) Offener Vollzug	242
kk) Aufenthalt im Freien	243
ll) Verlegung in ein anderes Krankenhaus	244
f) Eingriffe zum Schutz der Sicherheit und Ordnung des Kranken- hauses	247
aa) Allgemeines	247
bb) Beschränkung des Besitzes von Sachen	252
cc) Besuchsbeschränkungen	254
dd) Eingriffe in den Schriftverkehr	257
ee) Verwertung von Erkenntnissen	259
ff) Anordnungsbefugnisse, Duldungspflicht und unmittelbarer Zwang	260
gg) Besondere Sicherungsmaßnahmen	261
hh) Durchsuchung	263

Inhaltsverzeichnis

Teil B/C

	Rn.
ii) Disziplinarmaßnahmen	264
jj) Hausordnung und Hausrecht	265
g) Akteneinsicht	267
h) Beschwerdestellen, Besuchskommissionen, Patientenfürsprecher	269
i) Rehabilitation	272
8. Kosten der Unterbringung	273
a) Kosten der verschiedenen Verfahrensabschnitte	273
b) Kosten des vorbereitenden Verwaltungsverfahrens	275
c) Kosten der Vollstreckung	276
d) Kosten des Vollzugs der Unterbringung	277

C. Zivilrechtliche Unterbringung – Kommentierung einschlägiger Vorschriften des BGB (S. 177ff.)

Vorbemerkungen zu §§ 1631 b ff. BGB (S. 177)

1. Überblick	1
2. Bestellung eines rechtlichen Betreuers	3
a) Krankheit und Behinderung	3
b) Betreuerbestellung gegen den Willen des Betroffenen	6
c) Erforderlichkeit der Betreuung	9
d) Aufgabenkreise	11
3. Pflichten des Betreuers	16
4. Zwangsbefugnisse des Betreuers	23

§ 1631 b Mit Freiheitsentziehung verbundene Unterbringung (S. 187)

1. Überblick	1
2. Voraussetzungen der Genehmigung	5
a) Freiheitsentziehung	5
b) Unterbringung zum Wohl des Kindes	8
3. Genehmigung des Familiengerichts	10
4. Rücknahme der Genehmigung	11
5. Verhältnis zur Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII	12
6. Verhältnis zu öffentlich-rechtlicher und strafrechtlicher Unterbringung	15

§ 1846 Einstweilige Maßregeln des Familiengerichts (S. 194)

1. Überblick	1
2. Anwendungsbereich im Betreuungsrecht	2

§ 1904 Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Maßnahmen (S. 197)

1. Überblick	1
2. Anwendungsbereich	4
3. Voraussetzungen der Genehmigungspflicht nach Abs. 1	11
a) Gefahren bei ärztlichen Maßnahmen außerhalb der Anlasskrankheit	14
b) Gefahren bei ärztlichen Maßnahmen betreffend die Anlasskrankheit	14
4. Voraussetzungen der Genehmigungspflicht nach Abs. 2	28

	Rn.
5. Voraussetzungen der Genehmigung (Abs. 3).....	29
a) Patientenverfügung.....	30
b) Entscheidungsgrundlagen für die Genehmigung nach Abs. 2	31
c) Entscheidungsgrundlagen für die Genehmigung nach Abs. 1	32
6. Zwangsbehandlung	34
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	34
b) Rechtsprechung des BGH.....	35
c) Pflichten des Betreuers/Bevollmächtigten	37
7. Absehen von der Genehmigungspflicht (Abs. 1 Satz 2, Abs. 4).....	38
8. Arzneimittelgesetz	41
9. Verhältnis zu den PsychKG/UG und Maßregelvollzug	42
10. Verfahren	43
§ 1906 Genehmigung des Betreuungsgerichts bei der Unterbringung (S. 215)	
1. Überblick	1
2. Voraussetzungen der Unterbringung durch Betreuer und Bevollmächtigten	2
a) Betreuer mit dem Aufgabenkreis der Unterbringung	2
b) Bevollmächtigung	3
c) Freiheitsentziehung	4
d) Unterbringung zum Wohl des Betroffenen	10
aa) Selbstgefährdung (Ziff. 1)	11
bb) Notwendigkeit einer Untersuchung, einer Heilbehandlung oder eines ärztlichen Eingriffs (Ziff. 2).....	20
cc) Erforderlichkeit der Unterbringung	31
dd) Sozialrechtliche Grundlagen der Unterbringung	36
3. Genehmigung des Betreuungsgerichts (Abs. 2)	37
4. Beendigung der Unterbringung (Abs. 3).....	38
5. Freiheitsentziehende Maßnahmen (Abs. 4)	40
a) Grundzüge der Regelung und Anwendungsbereich	40
b) Voraussetzungen des Abs. 4	46
c) Genehmigung des Betreuungsgerichts und Beendigung der Maßnahme	54
d) Voraussetzungen der Genehmigung	56
6. Verhältnis zu öffentlich-rechtlicher und strafrechtlicher Unterbringung	61

D. Das Unterbringungsverfahren (S. 241 ff.)

Vorbemerkungen zu §§ 312 ff. FamFG (S. 241)

1. Freiwillige Gerichtsbarkeit	1
2. Verfahrenstyp und Verfahrensgrundsätze	4
3. Antragsverfahren	6
4. Antragsbefugnisse	8
5. Beweisverfahren	13
6. Förderungspflicht der Beteiligten – „Darlegungslast“	26
7. Rechtskraft	28

Inhaltsverzeichnis

Teil D

	Rn.
§ 151 FamFG Kindschaftssachen (S. 251)	
1. Normzweck und Anwendungsbereich	1
2. Genehmigung und Anordnung der freiheitsentziehenden Unterbringung eines Minderjährigen (Nr. 6)	2
3. Anordnung der freiheitsentziehenden Unterbringung eines Minderjährigen nach den Unterbringungsgesetzen der Länder (Nr. 7)	3
§ 167 FamFG Anwendbare Vorschriften bei Unterbringung Minderjähriger (S. 252)	
1. Normzweck und Anwendungsbereich	1
2. Sonderregelungen für das Verfahren der Unterbringung Minderjähriger	2
a) Verfahrensbeistand (Abs. 1 Satz 2)	2
b) Unterrichtungspflichten der Gerichte (Abs. 2)	3
c) Verfahrensfähigkeit (Abs. 3)	4
d) Anhörung des gesetzlichen Vertreters (Abs. 4)	5
e) Unterstützung bei der Zuführung (Abs. 5)	6
f) Qualifikation des Sachverständigen (Abs. 6)	7
§ 312 FamFG Unterbringungssachen (S. 255)	
1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Zivilrechtliche Unterbringung	6
3. Öffentlich-rechtliche Unterbringung	8
4. Zuständigkeiten	14
§ 313 FamFG Örtliche Zuständigkeit (S. 259)	
1. Anwendungsbereich	1
2. Örtliche Zuständigkeit bei zivilrechtlicher Unterbringung (Abs. 1)	2
3. Örtliche Zuständigkeit bei Eilmaßnahmen (Abs. 2)	7
4. Örtliche Zuständigkeit bei öffentlich-rechtlicher Unterbringung (Abs. 3)	9
5. Internationale Zuständigkeit	11
6. Gegenseitige Mitteilungspflichten (Abs. 4)	12
§ 314 FamFG Abgabe der Unterbringungssache (S. 262)	
1. Anwendungsbereich	1
2. Voraussetzungen der Abgabe	2
3. Verfahren	3
§ 315 FamFG Beteiligte (S. 264)	
1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Die Muss-Beteiligten (Abs. 1–3)	2
a) Der Betroffene	3
b) Der Betreuer	4
c) Der Vorsorgebevollmächtigte	5
d) Der Verfahrenspfleger	6
e) Die zuständige Behörde	7

Rn.

Inhaltsverzeichnis

Teil D

Rn.

3. Anhörung der zuständigen Behörde	5
4. Verfahren	6

§ 321 FamFG Einholung eines Gutachtens (S. 285)

1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Einholung eines Sachverständigengutachtens (Abs. 1)	2
a) Beweisanordnung	3
b) Auswahl des Sachverständigen	8
c) Anforderungen an das Gutachten	10
d) Überprüfung des Gutachtens durch das Gericht	15
3. Ärztliches Zeugnis (Abs. 2)	18
4. Therapeutische Verschwiegenheit und Gutachtenverweigerung	21

§ 322 FamFG Vorführung zur Untersuchung; Unterbringung zur Begutachtung (S. 293)

1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Vorführung zur Untersuchung	2
3. Unterbringung zur Begutachtung	7

§ 323 FamFG Inhalt der Beschlussformel (S. 296)

1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Inhalt der Beschlussformel	3
3. Begründung	11
4. Rechtsmittelbelehrung	13
5. Fehlen der erforderlichen Angaben	14
6. Feststellung der Rechtswidrigkeit	15

§ 324 FamFG Wirksamwerden von Beschlüssen (S. 299)

1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Grundsätzliche Wirksamkeit (Abs. 1)	4
3. Sofortige Wirksamkeit (Abs. 2)	5
4. Ende der Wirksamkeit	12
5. Rechtsbehelf	13

§ 325 FamFG Bekanntgabe (S. 302)

1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Bekanntgabe von Entscheidungen	2
3. Absehen von der Bekanntgabe der Entscheidungsgründe	6

§ 326 FamFG Zuführung zur Unterbringung (S. 305)

1. Anwendungsbereich	1
2. Zuführung zur Unterbringung (Abs. 1)	4
3. Anwendung von Gewalt (Abs. 2 und 3)	7
4. Rechtsmittel	13

	Rn.
§ 327 FamFG Vollzugsangelegenheiten (S. 307)	
1. Allgemeines zur Vollzugskontrolle bei der öffentlich-rechtlichen und der zivilrechtlichen Unterbringung	1
a) Rechtsweg beim Vollzug der öffentlich-rechtlichen Unterbringung	3
b) Rechtsweg beim Vollzug der zivilrechtlichen Unterbringung und der unterbringungsähnlichen Maßnahmen	4
c) Rechtsweg beim Vollzug der vorläufigen zivilrechtlichen Unterbringung nach § 327 FamFG, § 1846 BGB	13
d) Grundsätze des gerichtlichen Verfahrens nach § 327	14
2. Kommentierung des § 327	21
a) Anwendungsbereich und Normzweck	22
b) Antragsarten	23
c) Anfechtungsantrag	24
d) Feststellungsantrag	25
e) Vorbeugender Unterlassungsantrag	28
f) Verpflichtungsantrag	29
g) Untätigkeitsantrag (Vornahmeantrag)	31
h) Zulässigkeit des Antrags – Antragsbefugnis und Antragsgegner	35
i) Form und Frist	40
j) Zuständiges Gericht	43
k) Die gerichtliche Prüfung	44
l) Überprüfung ärztlicher Maßnahmen	62
m) Die Entscheidung	65
n) Aufschiebende Wirkung	68
o) Gerichtliche Zwangsmaßnahmen	70
p) Unanfechtbarkeit	71
3. Rechtsbehelfe außerhalb des Rechtswegs	72
a) Verfassungsbeschwerde	72
b) Dienstaufsichtsbeschwerde	73
c) Petition	75
d) Weitere Kontrollorgane	76
§ 328 FamFG Aussetzung des Vollzugs (S. 325)	
1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Voraussetzungen der Aussetzung	8
3. Auflagen	10
4. Befristung	13
5. Widerruf der Aussetzung	14
6. Verfahren	16
§ 329 FamFG Dauer und Verlängerung der Unterbringung (S. 328)	
1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Dauer der Unterbringung (Abs. 1)	3
3. Verlängerung der Unterbringung (Abs. 2)	10
§ 330 FamFG Aufhebung der Unterbringung (S. 331)	
1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Wegfall der Voraussetzungen	3
3. Verfahren	5

Inhaltsverzeichnis

Teil D

Rn.

Vorbemerkungen zu §§ 332–334

(S. 333)

1. Die Eilmaßnahmen im System des Unterbringungsrechts 1
2. Anwendungsbereich und gesetzliche Neuregelung 4

§ 331 FamFG Einstweilige Anordnung

(S. 335)

1. Anwendungsbereich 1
2. Materiell-rechtliche Voraussetzungen vorläufiger Unterbringungsmaßnahmen 2
 - a) Vorliegen der Voraussetzungen einer Unterbringungsmaßnahme 3
 - b) Dringendes Bedürfnis für ein sofortiges Tätigwerden 6
 - c) Prognose 7
3. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen vorläufiger Unterbringungsmaßnahmen 10
 - a) Ärztliches Zeugnis (Satz 1 Nr. 2) 11
 - b) Verfahrenspfleger (Satz 1 Nr. 3) 12
 - c) Persönliche Anhörung des Betroffenen (Satz 1 Nr. 4) 13
 - d) Anhörung weiterer Beteiligter 15
 - e) Sachverhaltsaufklärung 16
 - f) Verhältnismäßigkeit 17
4. Entscheidung 18
5. Rechtsmittel 19

§ 332 FamFG Einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit

(S. 340)

1. Anwendungsbereich und Normzweck 1
2. Voraussetzungen einer dringlichen einstweiligen Anordnung 3
3. Nachholung der Verfahrenshandlungen 7

§ 333 FamFG Dauer der einstweiligen Anordnung

(S. 342)

1. Anwendungsbereich und Normzweck 1
2. Dauer der einstweiligen Anordnung 2
3. Verlängerung 5

§ 334 FamFG Einstweilige Maßregel

(S. 344)

1. Anwendungsbereich und Normzweck 1
2. Voraussetzungen einer Unterbringungsmaßnahme nach § 334 i.V.m. § 1846 BGB 4
3. Weiteres Verfahren 11

§ 335 FamFG Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde

(S. 346)

1. Anwendungsbereich und Normzweck 1
2. Rechtsmittel in Unterbringungssachen 4
3. Beschwerdeberechtigung 13
 - a) Beschwerdeberechtigung des Betroffenen 14
 - b) Beschwerdeberechtigung nahe stehender Personen (§ 335 Abs. 1 Nr. 1 und 2) 15

	Rn.
c) Beschwerdeberechtigung des Leiters der Einrichtung (§ 335 Abs. 1 Nr. 3)	20
d) Beschwerdeberechtigung des Verfahrenspflegers (§ 335 Abs. 2)	21
e) Beschwerdeberechtigung des Betreuers bzw. Vorsorgebevoll- mächtigten (§ 335 Abs. 3)	23
4. Beschwerdeverfahren	26
5. Entlassung des Betroffenen und Erledigung	33
§ 336 FamFG Einlegung der Beschwerde durch den Betroffenen	(S. 356)
§ 337 FamFG Kosten in Unterbringungssachen	(S. 357)
1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Unterbringungsmaßnahmen nach § 312 Nr. 1 und 2 (Abs. 1)	5
3. Unterbringungsmaßnahmen nach § 312 Nr. 3	9
4. Kostenfestsetzung	12
§ 338 FamFG Mitteilungen von Entscheidungen	(S. 360)
1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Satz 1	4
a) Entsprechende Anwendung des § 308	5
aa) Inhalt und Voraussetzungen der Mitteilungen (§ 308 Abs. 1 und 2)	6
bb) Unterrichtung des Betroffenen (Absatz 3)	14
cc) Dokumentationspflicht des Gerichts (Absatz 4)	16
a) Entsprechende Anwendung des § 311	17
aa) Inhalt und Voraussetzungen der Mitteilungen zur Strafverfolgung	18
bb) Unterrichtung und Dokumentation	20
3. Satz 2	21
4. Verfahren	22
5. Rechtsmittel	23
§ 339 FamFG Benachrichtigung von Angehörigen	(S. 365)
E. Materielles Freiheitsentziehungsrecht	(S. 367ff.)
1. Überblick	1
2. Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz)	6
a) Gesetzliche Grundlagen	6
b) Ermittlungen und Schutzmaßnahmen	7
c) Quarantäne	11
3. Aufenthaltsgesetz	20
a) Gesetzliche Grundlagen	20
b) Anwendungsbereich und Regelungszweck	21
c) Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 1 AufenthG)	24
d) Sicherungshaft (§ 62 Abs. 2, 3 AufenthG)	25
aa) Grundzüge der Vorschrift	25
bb) Haftgründe nach § 62 Abs. 2 Satz 1 AufenthG	29
cc) Dauer der Sicherungshaft	35
dd) Festnahmebefugnis der Ausländerbehörde	38
e) Prüfungskompetenz des Haftrichters	39

Inhaltsverzeichnis

Teil F

Rn.

4. Polizeilicher Gewahrsam	41
a) Gesetzliche Grundlagen	41
b) Begriff der Freiheitsentziehung im Polizeirecht	42
c) Voraussetzungen des Polizeigewahrsams	43
aa) Schutzgewahrsam	43
bb) Sicherungsgewahrsam	47
cc) Ingewahrsamnahme Minderjähriger	52
dd) Ingewahrsamnahme Entwischener	53
ee) Gewahrsam zur Durchsetzung eines Platzverweises	54
ff) Gewahrsam zur Identitätsfeststellung	55
d) Richterliche Entscheidung	56
e) Dauer des Gewahrsams	57
f) Behandlung während des Gewahrsams	58

F. Verfahren in Freiheitsentziehungssachen (S. 413 ff.)

Vorbemerkungen zu den §§ 415 bis 432 FamFG (S. 413 ff.)

§ 415 FamFG Freiheitsentziehungssachen (S. 413)

1. Anwendungsbereich	1
2. Begriff der Freiheitsentziehung	3
3. Konkurrenzen	11

§ 416 FamFG Örtliche Zuständigkeit (S. 417)

1. Anwendungsbereich	1
2. Örtliche Zuständigkeit	3
3. Sachliche Zuständigkeit	11

§ 417 FamFG Antrag (S. 421)

1. Antragserfordernis	1
2. Antragsbegründung	7
3. Anordnung der Freiheitsentziehung	18

§ 418 FamFG Beteiligte (S. 428)

1. Normzweck	1
2. Beteiligte kraft Gesetzes (Abs. 1 und 2)	2
3. Beteiligte kraft Hinzuziehung (Abs. 3)	5
4. Dolmetscher	9

§ 419 FamFG Verfahrenspfleger (S. 431)

1. Anwendungsbereich und Normzweck	1
2. Bestellung eines Verfahrenspflegers	3
3. Beendigung der Verfahrenspflegschaft	11
4. Anfechtbarkeit	11
5. Kosten	12

§ 420 FamFG Anhörung, Vorführung (S. 436)

1. Anwendungsbereich	1
2. Persönliche Anhörung des Betroffenen und Vorführung	2
3. Unterbleiben der persönlichen Anhörung	9

XX

	Rn.
4. Anhörung weiterer Beteiligter	11
5. Erforderlichkeit eines ärztlichen Sachverständigengutachten	14
6. Richterliche Entscheidungsfindung	17
§ 421 FamFG Inhalt der Beschlussformel	(S. 443)
1. Normzweck	1
2. Notwendiger Inhalt nach den allgemeinen Vorschriften	2
3. Zusätzlicher Inhalt in Freiheitsentziehungssachen	4
4. Begründung der Entscheidung	8
§ 422 FamFG Wirksamwerden von Beschlüssen	(S. 446)
1. Anwendungsbereich	1
2. Wirksamkeit mit Rechtskraft	2
3. Sofortige Wirksamkeit	3
4. Vollzug der Freiheitsentziehung	6
5. Ende der Wirksamkeit	13
§ 423 FamFG Absehen von der Bekanntgabe	(S. 452)
1. Bekanntgabe der Entscheidung	1
2. Absehen von der Bekanntgabe	2
§ 424 FamFG Aussetzung des Vollzugs	(S. 453)
1. Normzweck	1
2. Gerichtliche und behördliche Aussetzung	2
3. Widerruf der Aussetzung	5
4. Verfahren und Entscheidung	6
§ 425 FamFG Dauer und Verlängerung der Freiheitsentziehung	(S. 455)
1. Anwendungsbereich	1
2. Dauer der Freiheitsentziehung	2
3. Ende der Freiheitsentziehung	5
4. Verlängerung der Freiheitsentziehung	6
§ 426 FamFG Aufhebung	(S. 459)
1. Anwendungsbereich	1
2. Aufhebung von Amtes wegen	2
3. Aufhebung auf Antrag	3
4. Verfahren	6
§ 427 FamFG Einstweilige Anordnung	(S. 461)
1. Anwendungsbereich	1
2. Voraussetzungen der einstweiligen Freiheitsentziehung (Abs. 1)	3
3. Voraussetzungen der eiligen einstweiligen Freiheitsentziehung (Abs. 1) ...	5
4. Verfahren	6
§ 428 FamFG Verwaltungsmaßnahme; richterliche Prüfung	(S. 466)
1. Anwendungsbereich	1
2. Verfahren bei behördlicher Freiheitsentziehung	2
3. Gerichtliche Kontrolle von Verwaltungsmaßnahmen	6

Inhaltsverzeichnis

Teil F/Anhang

	Rn.
§ 429 FamFG Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde	(S. 468)
1. Anwendungsbereich	1
2. Beschwerdebefugnis	2
a) Beschwerdebefugnis des Betroffenen	2
b) Beschwerdebefugnis der zuständigen Behörde	5
c) Beschwerdebefugnis nahe stehender Personen	7
d) Beschwerderecht des Verfahrenspflegers	8
3. Rechtsmittelverfahren	9
§ 430 FamFG Auslagenersatz	(S. 473)
1. Anwendungsbereich	1
2. Voraussetzungen der Auslagenerstattung	5
3. Rechtsfolgen	6
§ 431 FamFG Mitteilung von Entscheidungen	(S. 476)
§ 432 FamFG Benachrichtigung von Angehörigen	(S. 476)

Anhang: Unterbringungsgesetze der Bundesländer

	Seite
1. Baden-Württemberg	479
2. Bayern	485
3. Berlin	497
4. Brandenburg	506
5. Bremen	531
6. Hamburg	552
7. Hessen	567
8. Mecklenburg-Vorpommern	570
9. Niedersachsen	586
10. Nordrhein-Westfalen	599
11. Rheinland-Pfalz	610
12. Saarland	627
13. Sachsen	632
14. Sachsen-Anhalt	648
15. Schleswig-Holstein	659
16. Thüringen	671
Sachverzeichnis	689